Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3323**

15. Wahlperiode 16. 06. 2004

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Gabriele Hiller-Ohm, Sören Bartol, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Elvira Drobinski-Weiß, Martin Dörmann, Reinhold Hemker, Gustav Herzog, Brunhilde Irber, Michael Müller (Düsseldorf), Holger Ortel, Dr. Wilhelm Priesmeier, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Reinhard Schultz (Everswinkel), Dr. Angelica Schwall-Düren, Jella Teuchner, Simone Violka, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Manfred Helmut Zöllmer, Franz Müntefering und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken, Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Friedrich Ostendorff, Dr. Antje Vogel-Sperl, Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Abgabe einer Erklärung durch die Bundesregierung

Eine neue Ernährungs-Bewegung für Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Übergewicht ist das Ernährungsproblem Nummer eins. In Deutschland sind nach den neuesten Studien des Robert Koch-Instituts ca. zwei Drittel der männlichen Bevölkerung und ca. die Hälfte der weiblichen Bevölkerung übergewichtig oder fettleibig (adipös) [RKI, Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Heft 16, August 2003]. Übergewicht wird für den Anstieg verschiedener Folgeerkrankungen, wie Bluthochdruck, koronare Herzerkrankungen, Typ 2-Diabetes und orthopädische Erkrankungen verantwortlich gemacht. Sogar bestimmte Krebserkrankungen werden darauf zurückgeführt.

Übergewicht ist jedoch kein ausschließlich deutsches, sondern ein internationales Problem.

Forscher der US-amerikanischen Gesundheitsbehörde gehen davon aus, dass Fettleibigkeit und Bewegungsmangel schon 2005 das Rauchen als Todesursache Nummer eins in den USA ablösen wird. Nach Schätzungen der WHO sind weltweit rund 1 Milliarde Menschen übergewichtig – das ist ein Sechstel der Weltbevölkerung. Fehlernährung gilt als die Hauptursache für nichtübertragbare Krankheiten. Und diese Krankheiten sind gemäß des Weltgesundheitsberichts von 2002 für mehr als 60 Prozent der Todesfälle verantwortlich.

Vor diesem Hintergrund hat die WHO am 22. Mai 2004 in Genf mit der beschlossenen „Globalen Strategie für Ernährung, körperlicher Aktivität und Gesundheit“ die Bekämpfung von ernährungsmitbedingten Krankheiten zur

offiziellen Politik erhoben und die Mitgliedstaaten aufgefordert, Strategien zu entwickeln, die die Risiken und Häufigkeiten von ernährungsmitbedingten Krankheiten reduzieren helfen.

Die gesellschaftlichen Folgekosten von Fehlernährung sind enorm. Zwischen 5 Prozent und 10 Prozent der gesamten Gesundheitskosten werden in Industrieländern für die Folgeerkrankungen von Übergewicht ausgegeben. Hinzu kommen Einkommensersatzleistungen, wie Krankengeld, Entgeltfortzahlungen und Erwerbsunfähigkeitsrenten. Ernährungsmitbedingte Krankheiten stellen damit auch einen erheblichen Kostenfaktor für die Unternehmen dar.

Übergewicht entsteht als Folge einer anhaltend positiven Energiebilanz, also einer zu hohen Energieaufnahme in Bezug auf den Energieverbrauch. Es hat viele Ursachen. Falsche, nicht an den Lebensstil angepasste Ernährung ist eine davon. Mangelnde Bewegung aufgrund veränderter Lebensbedingungen eine andere. Aber auch sozioökonomische wie -kulturelle Gründe gehören dazu.

In zunehmendem Maße sind gerade auch junge Menschen betroffen. Ihre Freizeitgewohnheiten haben sich verändert: Kinder toben weniger, sie bewegen sich weniger und sitzen länger als früher vor Fernseher und Computer. Nach Aussagen von Kinder- und Jugendärzten hat sich die Zahl der übergewichtigen Kinder bei den Schuleingangsuntersuchungen in den letzten 10 bis 15 Jahren verdreifacht. Inzwischen ist jedes 5. Kind und jeder 3. Jugendliche übergewichtig. Bei 7 Prozent bis 8 Prozent der Kinder und Jugendlichen wird Übergewicht bereits zur Krankheit, sie leiden an Adipositas.

Als Folge treten bei Kindern schon beim Schuleintritt motorische Defizite und Koordinationsstörungen auf. Bei den 10- bis 14-Jährigen ist seit 1995 ein Rückgang der Fitness um mehr als 20 Prozent zu verzeichnen.

Übergewicht belastet nicht nur den Körper, sondern führt häufig zu sozialer Ausgrenzung. Das belastet das Wohlbefinden und damit vielfach auch die Lernfähigkeit von Kindern und Jugendlichen. Zu den negativen gesundheitlichen Folgen von Übergewicht kommen auch negative Auswirkungen auf die Lebensqualität, auf das Sozialverhalten und die Leistungsfähigkeit unserer Kinder und Jugendlichen und mindern deren Chancen im Leben.

Es ist damit eine zentrale Frage der Gerechtigkeit, sich des Themas Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen verstärkt anzunehmen. Wer Chancengleichheit als notwendige Voraussetzung für Gerechtigkeit anerkennt, muss dem Übergewicht bei Kindern mit wirksamen Maßnahmen begegnen.

Deshalb sind Umdenken und neue Wege überfällig.

Kinder sollten von frühester Kindheit an mit einem ausgewogenen und gesundheitsfördernden Lebensstil vertraut gemacht werden. Verantwortungsbewusste Eltern werden das berücksichtigen. Gerade auch Kindergarten und Schule können indes die Bewegungs- und Ernährungsgewohnheiten nachhaltig beeinflussen: Spielerische Bewegung, regelmäßiger Sport, ausgewogene Ernährung und gesunder Lebensstil sollten deshalb schwerpunktmässig vorgesehen werden.

Hier kommt auch den Ländern eine besondere Verantwortung zu.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Kultusministerkonferenz der Länder in ihrem Rahmenplan zur Präzisierung des Bildungsauftrags für Kindertagesstätten als Lernziel auch aufgenommen hat, dass Kinder lernen sollen „Verantwortung für ihr körperliches Wohlbefinden“ zu übernehmen. Jetzt müssen Maßnahmen zur Konkretisierung dieses Zieles durch Förderung von Kindergärten und Schulsport erfolgen.

Die Komplexität des Problems Übergewicht verlangt nach vielfältigen Maßnahmen. Ziel muss sein, den Trend in der Entwicklung von Übergewicht abzuschwächen, möglichst umzukehren. Dazu bedarf es einer gesamtgesellschaft-

lichen Anstrengung, die von allen gesellschaftlichen Akteuren getragen wird. Deshalb stehen gerade auch Eltern, Erzieher, Lehrer, Ärzte, Krankenkassen, aber auch die Lebensmittelindustrie und die Werbewirtschaft jeweils in ihrem Verantwortungsbereich in der Pflicht. Prävention von Übergewicht – insbesondere bei Kindern und Jugendlichen – ist heute und zukünftig eine zentrale ernährungspolitische Aufgabe.

Übergewicht ist jedoch nur eine Seite der Fehlernährung. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels kommt auch dem Problem der Fehl- und Mangelernährung im Alter besondere Aufmerksamkeit zu. Ausreichende und verständliche Information, aber auch die klare Verantwortung von Seniorenheimen und deren Erbringern von Dienstleistungen sind hier besonders angesprochen. Eine gesunderhaltende Ernährung ist auch im fortgeschrittenen Alter von erheblicher Bedeutung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Eltern, Kindergärten, Schulen, Ärzte, Krankenkassen, aber auch die Lebensmittelindustrie und die Werbewirtschaft u. a. in die neue Ernährungsbewegung zur Verbesserung des Ernährungswissens und der Bewegungsförderung einzubeziehen;
2. die wichtigen ernährungspolitischen Initiativen der Bundesregierung, wie „Kinder leicht – besser essen. Mehr bewegen.“ oder „Fit im Alter – Gesund essen. Besser leben.“ fortzusetzen und fortzuentwickeln;
3. darüber hinaus eine ressortübergreifende Strategie zur Prävention ernährungsbedingter Krankheiten und entsprechender Verbraucheraufklärung zu entwickeln. Dabei sollten sämtliche Aspekte des Problems in seiner gesundheits-, bildungs-, familien-, verbraucher- und innenpolitischen Dimension berücksichtigt werden;
4. die begonnene Unterstützung zur weiteren Einführung von Ganztagsschulen und Ganztagsverpflegung fortzusetzen und in Kooperation mit den Ländern die gemeinsamen Aktivitäten weiter zu fördern. Empfehlungen zur gesundheitsfördernden Ernährung in Schulen und Kindertagesstätten sollen unter Berücksichtigung der Länderzuständigkeiten zeitnah erarbeitet werden. In die Ausbildungsordnungen für land- und hauswirtschaftliche, medizinische und pädagogische Berufe soll das Thema gesunde Ernährung eingeführt werden. Die Forderung des Deutschen Landfrauenverbands (dlv), Hauswirtschaft wieder in die Lehrpläne der allgemeinbildenden Schulen aufzunehmen, soll unterstützt werden;
5. sich gemeinsam mit den Ländern dafür einzusetzen, dass der Schulsport auch unter Gesundheitsaspekten gestärkt wird;
6. sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die europäische Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Aussagen über Lebensmittel (Health Claims) möglichst zügig beraten und verabschiedet werden kann;
7. in der geplanten Nationalen Verzehrsstudie auch Untersuchungselemente zum Ernährungsverhalten und den Einflussfaktoren für bestimmte Ernährungsmuster mitzuerheben;
8. ihre Strategien an dem Aktionsplan der WHO „Globale Strategien zur Ernährung, körperlichen Aktivität und Gesundheit“ zu orientieren.

Berlin, den 16. Juni 2004

Franz Müntefering und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333